



**René Springer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

# Pressemitteilung

## **Brandenburger Kinder nach wie vor stark von Armut bedroht. René Springer: Maßnahmen-Paket der Bundesregierung ist völlig wirkungslos**

Berlin, 30.04.2018

**René Springer, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Unter den Linden 50

Raum: 4089/4091/4093

Telefon: +49 30 227-79540

Fax: +49 30 227-70540

rene.springer@bundestag.de

**Pressekontakt :**

Detlev Frye

Telefon : +49 227-79540

Fax : +49 227-70540

Mobil : +49 152-11611616

rene.springer.ma04@bundestag.de

Die Kleine Anfrage 19/1617 des AfD-Abgeordneten René Springer zeigt auf, dass, gemessen am bundesweiten Vergleich (Bundesmedian), in Brandenburg jedes fünfte Kind und jeder fünfte Jugendliche unter 18 Jahre im Jahr 2016 (21,1 %) unvermindert von Armut bedroht waren. Bei den Kindern von Alleinerziehenden ist es fast jedes zweite (46,8 %) und in kinderreichen Familien mit drei oder mehr Kindern fast jedes dritte Kind (30,9%).

Dazu erklärt der AfD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, René Springer: „Die Bundesregierung versucht sich wieder herauszureden, in dem sie auf all die Wohltaten verweist, die sich die GroKo in den Koalitionsvertrag geschrieben hat. Doch 25 Euro mehr Kindergeld werden das Problem für Brandenburg nicht lösen. Auch nicht die vereinbarten ‚Zuschüsse für den persönlichen Schulbedarf‘ oder ein verbessertes Betreuungsangebot in Kita und Schule. Das klingt zwar alles gut, hilft aber der alleinerziehenden Mutter im Senftenberger Plattenbau nicht weiter. Und bewahrt vor allem nicht ihre Kinder vor Armut. In der Antwort auf meine Anfrage hat die Bundesregierung selbst zugegeben, was einzig helfen kann: Jobs für die berlinfernen Regionen. Wenn Sozialstaatssekretärin Marks schreibt: ‚Einkommenserzielung der Eltern ist der nachhaltigste Schutz vor Kinderarmutsrisiken‘ kann ich ihr nur zustimmen. Doch auf geduldigem Papier helfen den Betroffenen solchen Ankündigungen nichts. Gegen Kinderarmut in Brandenburg helfen Jobs für Eltern. Wo werden die herkommen? Diese Antwort bleibt uns die Bundesregierung leider schuldig.“